

"Griechenland unterzeichnet morgen den Beitrittsvertrag zur EWG" in El País (27. Mai 1979)

Legende: Am 27. Mai 1979 analysiert die spanische Tageszeitung El País die politische Lage in Griechenland vor der Unterzeichnung des Vertrags über den Beitritt des Landes zu den Europäischen Gemeinschaften.

Quelle: El País. 27.05.1979. Madrid. "Grecia firma mañana el tratado de adhesión a la Comunidad Económica Europea", auteur:Vilaró, Ramon.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/griechenland_unterzeichnet_morgen_den_beitrittsvertrag_zur_ewg_in_el_pais_27_mai_1979-de-d345f2d2-fc03-492b-b4e2-37dafcc81243.html



Publication date: 09/08/2016

Griechenland unterzeichnet morgen den Vertrag über den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Die Mehrheit der Griechen befürwortet den Beitritt, während bei den Parteien keine Einigkeit herrscht

RAMON VILARO Sonderkorrespondent — Athen

Die Unterzeichnung der Verträge über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften im Beisein zahlreicher Politiker, die morgen in Athen vorgesehen ist, wird ein historischer Moment im politischen und wirtschaftlichen Leben Europas werden. Die Griechen müssen jedoch noch bis zum 1. Januar 1981 warten, bevor die Verträge in Kraft treten und Griechenland dem Gemeinsamen Markt endgültig als zehntes Mitglied beitrifft; diese Erweiterung der Gemeinschaft nach Süden wird mit dem möglichen Beitritt Spaniens und Portugals, der auch von Griechenland unterstützt wird, wahrscheinlich im Jahre 1983 ihren Höhepunkt erreichen.

Die Griechen bereiten die feierliche Unterzeichnung des Beitrittsvertrages mit großem Aufwand vor. Im historischen Zappeion-Palast im Zentrum der griechischen Hauptstadt, auf halbem Weg zwischen Lykavittus und der Akropolis, werden Valéry Giscard d'Estaing, Präsident der Republik Frankreich (das Land, das derzeit die halbjährliche Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaften wahrnimmt), und die Regierungschefs von Belgien, den Niederlanden, Italien, Irland und Luxemburg empfangen werden. Die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Dänemark werden von ihren Außenministern vertreten. Konstantin Tsatsos, Präsident der Hellenischen Republik, und Konstantinos Karamanlis, griechischer Premierminister, werden die Gastgeber sein. Für die Griechen wird Montag, der 28. Mai, kein Feiertag sein, auch wenn vor einigen Tagen Gerüchte die Hoffnung auf ein langes Wochenende aufleben ließen, das es wegen der Unterzeichnung des Beitritts zum Gemeinsamen Markt geben würde. Ein langes Wochenende für Autofahrer mit einem auf eine gerade Zahl endenden Kennzeichen, denn die neuen Vorschriften zum Benzinsparen zwingt die ungerade Hälfte dazu, ihr Auto in der Garage stehen zu lassen, da sie sonst zu einer Strafe von über 40 000 Peseten verurteilt werden könnten.

Über 70 % der Griechen befürworten den Beitritt

Die Stimmung in der Öffentlichkeit angesichts des Beitritts zum Gemeinsamen Markt ist nicht besonders enthusiastisch. Wegen der Parteianhänger, die gegen einen Beitritt sind, ist für Montag eine symbolische Demonstration gegen die EG nicht ausgeschlossen. Im Moment begnügen sich die griechischen Sozialisten der PASOK, die „orthodoxen“ Kommunisten der Auslands-KKE und die extreme Linke mit politischen Zusammenkünften, um anzuprangern, was sie als „Europa der multinationalen Unternehmen im Dienste der USA und der NATO“ betrachten.

„Wir schätzen, dass mehr als 70 % der Griechen den EG-Beitritt befürworten“, erklärt man im Informationsbüro der EWG in Athen. „Sollten wir bei den nächsten Wahlen an die Regierung kommen, werden wir den Austritt Griechenlands aus dem Gemeinsamen Markt verlangen“, erwidert man am Sitz der PASOK, deren Vorsitzender Andreas Papandreou erklärt, dass die PASOK nicht anti-europäisch sei, es aber nicht akzeptiere, dass die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen Griechenlands von Brüssel diktiert werden. Sie seien vielmehr dafür, reine Handelsbeziehungen mit der EWG zu unterhalten.

Die Parteien, die gegen den Gemeinsamen Markt sind, werden an dem Festakt zur Unterzeichnung der Verträge nicht teilnehmen, sehr wohl aber an dem offiziellen Empfang, den der griechische Staatspräsident Konstantin Tsatsos für seine europäischen Gäste gibt.

Die Polemik um den Gemeinsamen Markt hat einen deutlich innenpolitischen Hintergrund. Für den Premierminister Karamanlis bedeutet es, ein Versprechen zu erfüllen, das er, sobald er nach dem Ende der Obristendiktatur im August 1974 wieder an die Regierung kam, gegeben hatte. Ein großer politischer Erfolg für einen führenden Politiker wie Karamanlis, der allen griechischen politischen Kommentatoren zufolge danach strebt, nach dem Ende der Amtszeit von Präsident Konstantin Tsatsos im Frühjahr 1980 dessen

Nachfolge anzutreten.

Vorgezogene Parlamentswahlen

Auf diesem Unsicherheitsfaktor beruht zum Großteil die Intensität des derzeitigen Streits der Oppositionsparteien über den Beitritt zur EWG. Die Nea Demokratia, Karamanlis' Partei, könnte sich an der Macht aufreiben, und für die PASOK könnte der Zeitpunkt günstig sein, um ihren Stimmenanteil von 25 auf 35 Prozent zu erhöhen.

Für die Opposition kann es gewinnbringend sein, sich gegen ein Abkommen über den Beitritt zum Gemeinsamen Markt auszusprechen, das von der Nea Demokratia ausgehandelt wurde, zumal in einem Land, in dem der Preisindex in die Höhe zu schnellen scheint und dem man voraussagt, dass der Beitritt zum Gemeinsamen Markt eine Preissteigerung mit sich bringen werde. „Die Regierung lehnt eine Volksabstimmung ab und unsere Partei wird dieses Abkommen kündigen, sobald wir an der Regierung sind“, heißt es wiederholt am Sitz der PASOK, wo man außerdem an den Fall Großbritanniens erinnert, das eine Neuverhandlung der Beitrittsverträge mit der EWG verlangte, als die Labour-Partei an die Macht kam. Aus einer anderen Perspektive warnen andere, nicht weniger wichtige Kräfte wie beispielsweise die orthodoxe Kirche vor den „moralischen Gefahren“ des Beitritts Griechenlands zur Gemeinschaft. Eine Moral, die der Gemeinsame Markt, so scheint es, nicht in Mitleidenschaft ziehen möchte, da er in den Verträgen eine Anlage enthält, die den Sonderstatus der spirituellen Festung der orthodoxen Kirche, des Berg Athos, respektiert, der für Frauen nicht zugänglich ist.

Wird der griechisch-türkische Streit „vergemeinschaftet“?

Die politischen Verwicklungen des Beitritts Griechenlands zum Binnenmarkt sind vor allem von außenpolitischem Interesse. Die klassischen Streitigkeiten zwischen Griechen und Türken (Zypern, Souveränität im Ägäischen Meer) laufen Gefahr, sich zu *vergemeinschaften*. Durch Arbeiten der „politischen Zusammenarbeit“ der EWG, an denen Griechenland von nun an teilnehmen wird, könnten einige Entscheidungen zwischen Athen und Ankara beeinflusst werden. Die Türkei, die wie Griechenland seit 1962 durch ein Assoziierungsabkommen mit der EWG verbunden ist, scheint einem vollständigen Beitritt der Griechen zum Gemeinschafts-Club nicht sehr enthusiastisch entgegenzusehen. „Das Wichtigste an diesem Schritt ist für uns Griechen das Gefühl von Sicherheit, das wir durch die Zugehörigkeit zu dieser europäischen Staatengemeinschaft erhalten“, bestätigt man im Generalsekretariat für Presse und Information.

Aber niemand möchte sich vorstellen, was im Falle einer erneuten militärischen Konfrontation wie beispielsweise im Juli 1974 auf der Insel Zypern passieren kann. Die linke Opposition analysiert diesen Sachverhalt anders: „Die Europäer werden genau wie die USA auf die Türkei setzen und so Griechenland zwingen, ihre Position zu akzeptieren“, sagt ein Anhänger am Ende einer Versammlung gegen den Binnenmarkt, zu der sich nur wenige Leute einfanden.

Im Moment widersetzen sich die Türken einer vollständigen Rückkehr Griechenlands in den Verteidigungsplanungsausschuss der NATO, aus dem die Griechen nach dem Zypernkonflikt im August 1974 ausgetreten waren. Die Regierung in Ankara möchte eine Regelung über die Grenzen des Luftraumes und die Festlegung der Reichweite des Festlandsockels des Ägäischen Meeres aushandeln – sie sagt, dieser sei reich an Erdöl, trotz der Einschränkungen, unter denen die griechischen Autofahrer leiden –, bevor Griechenland sich wieder vollständig in die NATO (Nordatlantikvertragsorganisation) eingliedert, die in Athen fast immer mit der EG assoziiert wird.

Trotz der in Griechenland kontrovers diskutierten Vertragsunterzeichnung scheint der Prozess kaum umkehrbar zu sein für ein Land, das bis heute nicht zu den europäischen parlamentarischen Demokratien zählt und an dessen Tore heute eine Politik klopft, die eben dort erfunden wurde und die Inspiration für die Europäische Gemeinschaft ist: die Demokratie.

Veröffentlicht in der Zeitung EL PAÍS vom 27. Mai 1979 unter der Rubrik Internationales. Autor: Ramon

Vilaró.